

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/126

8. Juli 1975

Verkehrssicherheit hat Vorrang

Mitwirkung der Städte und Gemeinden unerlässlich

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident  
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Seite 1 / 39 Zeilen

KSZE für CDU nur ein Wahlkampfthema

Biedankopf schwenkte in 14 Tagen auf Strauß-Kurs

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses Abrüstung  
und Rüstungskontrolle

Seite 2 und 3 / 76 Zeilen

Keine Alternative zur sozialen Demokratie

Anmerkungen zum CDU-Etikett "Neue Soziale Frage"

Seite 4 / 32 Zeilen

Erpressungsversuch an der Pressefreiheit

GSU-Landesregierung setzt ARD-Fernsehen unter Druck

Von Volkmar Gebert MdL  
Fraktionsvorsitzender der SPD im bayerischen Landtag  
und Mitglied des Rundfunkrates

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ehard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 180 406  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 66 37 - 38  
Telex: 08 66 648 - 01 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Verkehrssicherheit hat Vorrang

Mitwirkung der Städte und Gemeinden unerlässlich

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und  
Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Der Deutsche Bundestag hat vor zwei Jahren die Bundesregierung ersucht, jährlich Unfallverhütungsberichte für den Straßenverkehr zu erstatten. Die Bundesregierung hat bereits im Jahre 1973 ihr Programm zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr vorgelegt. Nach diesem Programm sollen der Straßenverkehr sicherer gestaltet, und die hohen Unfallzahlen durch Aufklärung und administrative Maßnahmen gesenkt werden.

Hierbei ist die Mitwirkung der Städte und Gemeinden von erheblicher Bedeutung. Die Fülle der örtlichen Probleme der Straßenverkehrssicherheit ist nur durch ortsnahе Verwaltungen zu lösen. Die großen Anstrengungen der Städte und Gemeinden werden durch den jüngst abgeschlossenen Bundeswettbewerb "Sicherheit für den Fußgänger" bestätigt, an dem sich die Mehrzahl aller Städte und Gemeinden beteiligt hat.

Gegen eine mäßige Erhöhung der Verwarnungsgelder bei den Vorschriften, die für den flüssigen Verkehr zu beachten sind, ist nichts einzuwenden. Die Kommunen erwarten, daß der Gesetzgeber, etwa für den Bereich der Parkgebühren, noch in dieser Legislaturperiode tätig wird. Allerdings wollen die Städte und Gemeinden nur die Verwarnungsgelder erzielen, die erforderlich sind, um den ruhenden Verkehr durch Politessen zu überwachen, was bisher einen ungedeckten Ausgabeposten darstellte. Ohne Überwachung des ruhenden Verkehrs würde das gewerbliche Leben einer Stadt gestört.

Einer durchgehenden Erhöhung aller Verwarnungsgelder kann allerdings nicht zugestimmt werden. Die vielfach ablehnenden Pressestimmen sollten nicht verkennen, daß die Autofahrer nicht generell belastet werden, sondern nur diejenigen zur Kasse gebeten werden, die sich verkehrswidrig verhalten und gegebenenfalls andere Verkehrsteilnehmer behindern.

Der Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung zum Straßenverkehr 1973 weist einen stärkeren Rückgang der Unfälle außerhalb geschlossener Ortschaften aus. Er führt dies auf Geschwindigkeitsbegrenzungen und verbesserten Straßenbau der Überörtlichen Straße zurück. Aus dieser Erkenntnis muß gefolgert werden, daß dem innergemeindlichen Straßenbau zumindest in den Gemeinden ohne schienengebundene Nahverkehrsmitteln größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Auch das Rettungswesen, dem in dem Bericht der Bundesregierung Raum gegeben wird, muß verbessert werden. Bereits jetzt bemühen sich die Städte und Gemeinden erheblich, innerhalb ihrer Gemeinden und über deren Grenzen hinaus, ein Rettungswesen aufzubauen, das den Verunglückten schnelle Hilfe sichert. Daher wird auch die Bundesregierung einiges tun müssen, um deutlich zu machen, daß der Verkehrshaushalt ein wenig geeignetes Objekt für Streichungen und Einsparungen sein kann.

(-/8.7.1975/ks/pr)

+ + +

KSZE für CDU nur ein Wahlkampfthema  
-----

Biedenkopf schwankte in 14 Tagen auf Strauß-Kurs

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestage-Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die Opposition ist zumindest auf dem Gebiet der Außenpolitik nicht regierungsfähig. Sie beweist es ständig selbst: zur Zeit am Beispiel der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). CDU und CSU sind sich in wichtigen außenpolitischen Fragen nur in einem Punkt einig: Stimmenthaltung wie bei den Ostverträgen darf es nicht mehr geben. Die Verstärkung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner ist ihnen also verwehrt. Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl steht nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der CDU vor seiner ersten Bewährungsprobe. Es gilt, die KSZE-Ergebnisse zu bewerten. Bei dem jetzigen Diskussionsstand deutet alles darauf hin, daß Kohl und der außenpolitische CDU-Sprecher Walther Leisler Kiep dem "geeigneten Kanzlerkandidaten" Strauß bereits unterlegen sind. Die Argumente werden auf Nein getrimmt. Diejenigen in der Opposition, die aus Verantwortungsbewußtsein eine realistische Außenpolitik unterstützen, werden es schwer haben, ein Jahr vor der Bundestagswahl ihre gegenteilige Auffassung der Öffentlichkeit vorzutragen.

Im Vergleich zu anderen CDU- und CSU-Politikern hatte sich der Generalsekretär der CDU, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, in seinen bisherigen außenpolitischen Stellungnahmen zur KSZE und zur Entspannungspolitik sehr subtil und problembewußt geäußert. Nach am 20. Juni 1975 hat er in einem Interview mit dem Bonner "General-Anzeiger" dazu aufgefordert, die KSZE differenziert zu beurteilen, und hervorgehoben, daß ein positives Ergebnis der KSZE darin zu sehen sei, "daß die westliche Position sehr viel geschlossener ist, als ursprünglich anzunehmen war". Nun heißt es in einem Biedenkopf-Interview mit der "Bild"-Zeitung vom 7. Juli 1975: "Brandt und die SPD wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß das strategische Ziel der Sowjetunion unverändert geblieben ist. Sie will die freiheitlichen Staaten beseitigen oder zumindest unter ihre Kontrolle bringen. Wenn man das nicht sehen will, dann können die Folgen schrecklich sein. Ich will mir nicht später vorwerfen lassen, leichtfertigen Beschlüssen zugestimmt zu haben, die möglicherweise unsere Freiheit gefährden."

Die KSZE ist eine Konferenz von 35 Staaten Europas und des amerikanischen Kontinents. Soll nun plötzlich der Westen, der doch eben in Genf diese Beschlüsse gemeinsam erarbeitet und in zähen Verhandlungen auch gegen sowjetische Widerstände durchgesetzt hat, leichtfertig gehandelt haben?

Die Frage ist, warum Prof. Biedenkopf innerhalb so weniger Tage sein Urteil über die KSZE so grundlegend ändert. Er müßte eigentlich wissen, daß

er sich mit dem Vorwurf der Leichtfertigkeit gegenüber den von allen westlichen Bündnismitgliedern getragenen Beschlüssen der KSZE in die außenpolitische Isolierung begibt. Was zählt, sind offensichtlich nur noch Stellungnahmen, die verunsichern und nicht Sachbeiträge. Biedenkopf hat seine Pflichtübung absolviert. Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Beurteilung der KSZE für CDU-Politiker ist innerparteilicher Art. Die CSU hat sich offenbar in der Gesamtpartei mit ihrer kompromißlosen Konfrontationsstrategie erfolgreich durchgesetzt und auch den Generalsekretär der CDU an die Kette gelegt. Deshalb mußte Prof. Biedenkopf seine bisherige vorsichtig zustimmende Haltung zur KSZE auf die Strauß-Linie einstimmen und spricht nun ebenso wie der "Bayernkurier" von der Gefahr, daß es der Sowjetunion gelingen könnte, "sich über die KSZE-Beschlüsse ein Mitspracherecht bei der europäischen Einigungsbewegung zu sichern". Dies sind bedauerliche Zugeständnisse an das Strauß'sche Konfrontationsprogramm von Santhofen.

Im Übrigen kann der Generalsekretär der CDU im Hinblick auf die unabdingbaren Forderungen, die er im Namen von CDU und CSU stellt, beruhigt sein. Zu der von ihm zuerst genannten Bedingung, daß die politischen und geografischen Verhältnisse in Europa nicht endgültig festgelegt werden dürfen, ist zu sagen, daß in Genf das Prinzip der friedlichen Grenzveränderungen Eingang in die Prinzipienklärung gefunden hat. Dadurch ist die deutsche ebenso wie die europäische Option gewahrt. Die Erfüllung der zweiten Bedingung Biedenkopfs, daß Grenzen auch künftig mit friedlichen Mitteln verändert werden dürfen, ergibt sich logisch aus dem oben Gesagten. Die dritte Bedingung, daß das Ziel der Wiedervereinigung nicht aufgegeben werden dürfe, ist ebenfalls aus dem Zusammenhang der Prinzipienklärung eindeutig erfüllt.

Die Beurteilung der KSZE der bisherigen Verhandlungsergebnisse müßte also gemessen an den Bedingungen Prof. Biedenkopfs positiv ausfallen. Dennoch spricht der CDU-Generalsekretär in bezug auf die KSZE-Ergebnisse von Leichtfertigkeit und einer Mitsprache der Sowjetunion in Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft. Er macht weiter auf die Wahrung der Interessen der Bundesrepublik aufmerksam, obwohl die sozial-liberale Regierung längst schon zu einem Zeitpunkt die Essentials für eine deutsche Beteiligung an der KSZE formuliert hatte, als die CDU noch in einer Position absoluter Negation verharrte. Prof. Biedenkopfs parteitaktische Behauptungen müssen zurückgewiesen werden. Sie sind ausschließlich zum innerparteilichen Verzehr bestimmt und richten sich auch gegen die Verhandlungsführung des westlichen Bündnisses, dessen Stärkung dem Generalsekretär der CDU sonst so sehr am Herzen liegt. Aber die Solidarität mit dem Westen hört offenbar auf, wenn es um die innerparteiliche Konfliktbewältigung geht. Wahlkampfesolidarität geht vor Bündnis-solidarität.

(-/8.7.1975/ks/pr)

+ + +

### Keine Alternative zur sozialen Demokratie

#### Anmerkungen zum CDU-Etikett "Neue Soziale Frage"

Demokratischer Bürgersinn hat sich in unserem Land angesichts der Herausforderungen durch den Terrorismus bewährt. Die Wahlergebnisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß die Bürger auch in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation antidemokratisch gefärbten Parolen nicht auf den Leim gehen.

Im Blick auf die Herausforderungen durch den Terrorismus und die weltwirtschaftliche Rezession meinen die Unions-Parteien jedoch, Staat und Gesellschaft in die Rolle einweisen zu können, die ihrem Weltbild entspricht: Da wird der Ruf nach dem "starken Staat" erhoben, da werden soziale Fragen aus taktischen Gründen in den Vordergrund gespielt und mit dem Etikett "neu" versehen. Auf eine Kurzformel gebracht heißt das alles: Die Unions-Parteien wollen viel Staat und wenig Demokratie, sie wollen staatlich verordnete Wohlfahrtspflege unter möglichst weiter Ausschaltung der Mitwirkung gesellschaftlicher Verbände und Gruppen. Sie meinen damit freilich nicht so sehr die Wirtschaftsverbände, sondern die Gewerkschaften.

Soziale und demokratische Politik in unserer modernen Gesellschaft heißt dagegen immer auch, daß die Verbände, in denen sich Menschen der verschiedenen Gruppen und Schichten zu gemeinsamen Zwecken zusammengeschlossen haben, zu Wort kommen und auch von den Parlamenten gehört werden müssen. Nicht zuletzt die Gewerkschaften haben eine wichtige Aufgabe bei der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer.

Andererseits war und ist es eine Selbstverständlichkeit sozialdemokratischer Regierungspolitik, daß immer wieder kritisch darauf geachtet werden muß, daß auch nichtorganisierte Interessen zu ihrem Recht kommen. Der Staat hat gegenüber den gesellschaftlichen Interessen unbestritten eine Ausgleichsfunktion. Das ist für Sozialdemokraten aber keine "neue Frage", sondern ein Satz des Godesberger Programms aus dem Jahre 1959: "Die Parlamente, die Verwaltung und die Rechtsprechung dürfen nicht unter den einseitigen Einfluß von Interessenvertretungen fallen."

Die CDU hat diesen Grundsatz in ihrer Diktion schlicht abgeschrieben. Es wäre gut, wenn sie auch weiteres aus dem Godesberger Programm übernehmen würde. Denn die von ihr jetzt gestellte soziale Frage wird auch in Zukunft nur in einer sozialen Demokratie beantwortet werden können.

Wolfgang Zeisig  
(-/8.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Erpressungsversuch an der Pressefreiheit

CSU-Landeregierung setzt ARD-Fernsehen unter Druck

Von Volkmar Gabert MdL

Fraktionsvorsitzender der SPD im Bayerischen  
Landtag und Mitglied des Rundfunkrates

Die Bayerische Staatsregierung hat sich bekanntlich in einer Presseerklärung dahingehend geäußert, daß sie Überlege, das Länderabkommen über die Koordinierung des Ersten Fernsehprogrammes zu kündigen. Sie begründete das mit einer angeblichen Unausgewogenheit im Programm der ARD.

Selbstverständlich ist auch jeder Regierung das Recht zuzubilligen, sich kritisch zu Fernsehprogrammen und Rundfunkprogrammen zu äußern. Allerdings sollten solche kritischen Anmerkungen nicht in Form von pauschalen Behauptungen geschehen, sondern ganz konkrete Fälle angegeben werden. Sicher ist im Gemeinschaftsprogramm der ARD manches besserungswürdig. Pauschale Kritik, verbunden mit einer massiven Drohung, wie sie bis jetzt noch niemals erfolgt ist, muß aber den Verdacht auslösen, daß es der Bayerischen Staatsregierung lediglich darum geht, die Programmacher in Bayern und in der ARD einzuschüchtern.

Die Drohung erfolgte in einer Zeit, wo ernsthaft über die Erhöhung der Gebühren gesprochen wird. Sie wirkt in diesem Zusammenhang geradezu als Erpressungsversuch.

Der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Dr. Voeth, hat mir mit Schreiben vom 30. Juni 1975 mitgeteilt, daß von der Bayerischen Staatsregierung keine Konkretisierung der Kritik erfolgt ist. Der Vorsitzende des Rundfunkrates, Dr. Fritz, stellt am 3. Juli 1975 fest, daß auch beim Rundfunkrat keine Beschwerden von der Staatsregierung eingegangen sind. Nach diesen Feststellungen wird die allerdings konkrete Drohung an die ARD umso unverständlicher. Wenn noch dazu Überlegt wird, daß meines Wissens auch das Kabinett in Baden-Württemberg sich in ähnlicher Weise mit der ARD befaßt hat, dann kann der Verdacht nicht von der Hand gewiesen werden, daß hier ein Vorgeplänkel im

Hinblick auf die kommende Bundestagswahl und das Programm der ARD erfolgt. Für Bayern muß diese Drohung der CSU-Regierung auch mit der gesamten Haltung der CSU in den letzten Jahren gesehen werden.

Die CSU hat durch ein Rundfunkgesetz, das nur von ihr beschlossen worden ist, schon einmal versucht, einseitig Einfluß auf den Bayerischen Rundfunk zu nehmen. Dieser Versuch ist durch Volksbegehren und Volksentscheid zurückgewiesen worden. In der Bayerischen Verfassung ist heute die Trägerschaft des Rundfunks durch eine öffentlich-rechtliche Anstalt genauso verankert, wie die Zusammensetzung des Rundfunkrates. Was die CSU also in offener Feldschlacht nicht erreichen konnte, scheint man jetzt auf anderem Wege zu versuchen. Ich habe im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks bei der Strukturreform des Fernsehens bereits darauf hingewiesen, daß diese Strukturreform die Ausgewogenheit des Programmes - und zwar des Gesamtprogrammes, nicht von Programmteilen - gefährden könnte.

Ich würde mich leidenschaftlich dagegen wehren, wenn jemand wegen seiner Zugehörigkeit zu einer demokratischen Partei für eine Tätigkeit abgelehnt werden würde, obwohl er die fachliche Eignung dazu besitzt. Wenn aber die leitenden Positionen beim Bayerischen Fernsehen nur mit Persönlichkeiten einer politischen Grundauffassung besetzt sind, liegt wohl die Gefahr der Einseitigkeit nahe. Der Intendant gehört der CSU an, der Fernsehdirektor gehört in seinen konservativen Grundauffassungen sicher zur CSU, der Chefredakteur ist Mitglied der CSU, und auch der neue Hauptabteilungsleiter des neugeschaffenen einheitlichen Informationssystems gehört aufgrund seiner langjährigen politischen Äußerungen ebenfalls in das geistige Lager der CSU. Allein von der personellen Besetzung ist also die Ausgewogenheit des Programmes kaum mehr gewährleistet.

Ich trete keineswegs für einen parteipolitischen Proporz ein, doch die völlige Einseitigkeit der Besetzung von leitenden Positionen beim Bayerischen Fernsehen ist zumindest ein ebenso großes Übel.

Der Rundfunkrat wird sich am 10. Juli 1975 auch mit der Kritik und der Drohung der Bayerischen Staatsregierung befassen. Dabei wird auch von dem dort sicher anwesenden Vertreter der Bayerischen Staatsregierung, der nach dem Rundfunkgesetz dem Rundfunkrat angehört, konkrete Auskunft verlangt werden. Die Konsequenzen eines Ausscheidens Bayerns aus der ARD für das Programm und auch für die Finanzen des Bayerischen Rundfunks werden ebenfalls besprochen werden. Die CSU hat es sich selbst zuzuschreiben, daß die Diskussion solcher Fragen mit der berechtigten Sorge verbunden ist, sie wolle Rundfunk und Fernsehen in ihren Griff bekommen. (-/8.7.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller